

Politischer Wegweiser

für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 3

Halle (Saale), 10. Februar 1930

6. Jahrgang

Querschnitte.

Schnelle Korrektur. Aus dem Antrag der Volkspartei in Halle, wegen ihrer Unzufriedenheit mit dem Haager Ergebnis sofort ihren Berliner Zentralvorstand einzuberufen, kann vorläufig, wie sie selbst berichtet, nichts werden. Zuständig dafür soll nur der im Erholungsurlaub weilende Parteiführer sein, und außerdem könne ein solcher Antrag nur von mehreren Ortsgruppen gemeinsam gestellt werden. — Dies Eingeständnis spricht nicht gerade dafür, daß die Hallesche Volkspartei in den eigenen Parteisatzungen Bescheid weiß. Oder wollte sie nur eine verbindliche Geste nach rechts?

Großdeutsche Hochachtung zuvor! Neues Heil ist uns beschieden. Es kommt aus Sachsen, aus Leipzig. Dort hat sich, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelpfen, eine neue Partei mit dem Namen „Großdeutsche Reichseinheitspartei“ aufgetan. Ihre Geburt kündigt sie durch ein Rundschreiben mit vorstehendem Gruß an. — Nach diesem zu urteilen, scheinen die Gründer sehr höfliche Leute zu sein. Wir raten zur Gründung von Filialen und zu Rundschreiben mit „Sächsischer, Preußischer, Hessen-Naussauischer, Bayerischer Hochachtung“. Dann wären wir parteiisch noch besser eingedeckt.

Der anderen Ehre! Der Stahlhelmführer Duesterberg wurde neuerdings wegen Beleidigung des Preuß. Innenministers und des Reg.-Präsidenten von Harnack zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte den Innenminister als „Ausführungsorgan der Feinde“ bezeichnet und ihm beim Erscheinen in Gesellschaften im Frack zur besseren Unterscheidung von den bedienenden Kellnern das Anlegen eines Ordens der französischen Ehrenlegion empfohlen. Ueber den Reg.-Präsidenten äußerte er sich: „das sei auch so einer, der die Treue gebrochen“. — Die Verteidigung Duesterbergs suchte diese Ausführungen mit „Duesterberg'schem Humor“ zu entschuldigen. Die Staatsanwaltschaft hatte aber für derartigen „Humor“ kein Verständnis. Sie hatte sogar eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten beantragt. — Was wäre in



der Vorkriegszeit Herrn Duesterberg wohl passiert, wenn er seinen „Humor“ in ähnlicher Weise an der Ehre anderer versucht hätte?

Muttersorgen. Der Vorsitzende des Deutschnationalen Landesverbandes Halle—Merseburg, Herr Schiele-Naumburg, hat kürzlich seine Partei mit einer Mutter mit vielen Kindern verglichen, die sich von der Mutter trennen und sogar feindlich gegen sie aufreten. Er nannte die Völkischen, die Aufwertler, die Wirtschaftspartei, die christlich-nationalen Bauern, den christlichen Volksdienst und die deutschnationalen Arbeiterbünde. Alles das, so sagte Herr Schiele, ist Blut von unserem Blut. Vergessen hat er noch die Nationalsozialisten, denen zwar weniger die Mutter, als der Papa Hugenberg die deutschnationalen Reste zutreibt. Nach Herrn Schiele stehen alle diese Blutsverwandten in offener Fehde gegen das Stammhaus. Was bleibt da von der Deutschnationalen Volksgemeinschaft übrig!

Volkskonservativ! Die aus der deutschnationalen Partei ausgetretenen Abgeordneten haben eine neue Partei aufgemacht, die sich volkskonservativ nennt. Was ist das? Einer der Gründer, der Abg. Treviranus, versucht darauf Antwort zu geben. Bestimmte Richtlinien könne man nicht aufstellen, man müsse vielmehr alles einer gnädigen Fügung überlassen. Bauern und Arbeiter müsse man zusammenstellen und darauf vertrauen, daß sich Führer fänden, die selbst mit dem Einsatz ihrer Persönlichkeit die innere Verbundenheit durch die Tat beweisen. Seiner Auffassung nach sei auch nicht die Stärke einer Organisation, sondern die Größe und Wucht der Idee alles. — Man kann diese Ideenwucht und die konservative Führerauslese in Ruhe abwarten. In Vorkriegszeiten gab es neben Alldeutschen und Konservativen schon „Freikonservative“. Warum soll es jetzt nicht auch „Volks“-Konservative geben?

In Halle denkt man anders. Der von den Nationalsozialisten besonders schlecht behandelte Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, erklärte kürzlich in einer deutschnationalen Versammlung in Oldenburg, daß es sich ein anständiger Politiker überlegen müßte, ob er sich mit Leuten an einen Tisch setzen könne, wie man sie beispielsweise in dem nationalsozialistischen Abgeordneten Goebbels fände. Der deutschnationale Geschäftsführer in Halle, Herr Poche, aber ist nach einem Pressebericht über eine hier stattgefundene Versammlung der Auffassung, daß man politisch sehr wohl mit den Nationalsozialisten zusammengehen könne. — Kommentar überflüssig!

Auch die Politik hat ihren Humor. Das von Herrn Streicher redigierte Antisemitenblatt „Der Stürmer“ tischt seinen Lesern ganz ernsthaft die Nachricht auf, daß die aus der deutschnationalen

Partei ausgeschiedenen Abgeordneten auf **jüdischen Befehl** gehandelt hätten. — Herr Streicher macht also aus so eingefleischten Antisemiten, wie es beispielsweise die Herren Mumm, Schlange-Schönungen und Lambach sind, eine judenfromme Gruppe. — Na schön, jeder Freund echten Humors wird diese Glanzleistung bewundern.

Aus dem Stadtparlament!

(Ernste Mahnung an den Magistrat in Halle.)

Mit berechtigter Erregung stand die gesamte hallesche Bevölkerung **der plötzlichen Tariferhöhung** durch die „Wehag“ (A.-G. der städt. Werke) gegenüber. Diese Erhöhung erfolgte ohne jegliche vorherige Fühlungnahme mit den Stadtverordneten. Man stand also wieder einmal vor einer von dem ersten Beamten der Stadt seit längerer Zeit geübten, aber auch wiederholt beanstandeten, Gepflogenheit. Diesmal wehrten sich die Stadtverordneten ganz energisch. Die zur Besprechung der Tarifierhöhungen eigens einberufene Stadtverordneten-Versammlung wurde leider durch würdeloses Verhalten der Kommunisten gestört und über Gebühr in die Länge gezogen. Den Gefallen, die Sitzung ergebnislos aufliegen zu lassen, tat man aber den Kommunisten nicht. Die Besprechung wurde zu Ende geführt und gab den Rednern der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft Gelegenheit zu einer berechtigten und scharfen Kritik. In der zur Annahme gelangten EntschlieÙung, die sich im wesentlichen mit der auf unserer Hauptversammlung gefaÙten EntschlieÙung deckt, wurde die **MiÙbilligung** der bisher geübten Methode, die Stadtverordneten einfach vor eine Tatsache zu stellen, ausgesprochen. Es wurde ein Ausschuß zwecks Prüfung und Abänderung der völlig unsozialen Tarifstaffelung gewählt, dem auch unser Parteifreund, Herr Salzmann, angehört. Der Tarifierhöhung selbst wird man natürlich nicht entgehen. Diesen Eindruck müssen auch von vornherein die sozialdemokratischen Vertreter gehabt haben, da sie sich auf ihre Forderung der sofortigen Aufhebung der Tarifierhöhung vom Oberbürgermeister sagen lassen mußten, daß auch sämtliche 5 sozialistischen Aufsichtsratsmitglieder für diese Erhöhung gestimmt hätten. Warum also die Geste der Ablehnung in der Stadtverordneten-Versammlung? Auf die Dauer muß doch dieses Spiel zwischen Schein und Wirklichkeit, wie es von Vertretern der Sozialdemokratie mit Vorliebe geübt wird, den sie wählenden Genossen zum Ueberdruß werden.

Alles in allem genommen, wird diese Stadtverordnetensitzung den Magistratskreisen, die es angeht, gezeigt haben, daß zu allen Zeiten und bei allen wichtigen Handlungen **eine rechtzeitige Fühlungnahme mit den Stadtverordneten** geboten erscheint. Nur

so lassen sich heftige Explosionen des Unwillens der Bevölkerung und eine damit Hand in Hand laufende Schwächung des Vertrauens zu den Maßnahmen der Verwaltung vermeiden. Und das muß doch das gemeinsame Ziel sein.

Halle. In der am 28. 1. abgehaltenen Hauptversammlung erfolgte nach einem beifällig aufgenommenen Referat von Dr. Liebig über „Dawesplan und Youngplan“ die Neuwahl des Vorstandes. Er setzt sich zusammen aus den 3 Vorsitzenden Herren Schwarz, Habe, Frh. Vehse, Herrn Prof. Grünfeld als Schatzmeister. Dazu treten als Beisitzer Frau Ohlerich, Frau Wolff, Frau Habe und die Herren Salzman, Lehmann, Voigt, Bauch, Noack und Grosse, Frau Bennewitz als Ehrenvorsitzende und Herr Minister Dr. Schreiber als Abgeordneter. In den erweiterten Vorstand wurden 8 Parteifreunde zugewählt. Zu einer eingehenden Aussprache gaben die plötzlich angeordneten Tarifierhöhungen der „Wehag“ Veranlassung. Nachstehende Entscheidung fand einstimmige Annahme:

„Die Mitgliederversammlung der D. D. P. verurteilt die plötzliche Erhöhung der Tarife der Städtischen Werke und ihre völlig unsoziale Staffelung. Sie ersucht die Stadtverordneten, nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß diese Maßnahme verhindert wird. Sie stellt fest, daß Magistrat und Städtische Werke die Fühlung mit der Bevölkerung nicht gewahrt haben, obwohl dies bei der Gründung der A.-G. versprochen worden ist.“

Halle. Der Beamten-Ausschuß tagt am 12. 2. abends 8 $\frac{1}{4}$ Uhr in Müllers Hotel. Tagesordnung: 1. Kommunalpolitisches. 2. Mitteilungen aus der Partei. — Gründung eines Lehrer-Ausschusses. 3. Werbeschreiben betr. Mitgliederbeiträge. 4. Verschiedenes. — **Die Ortsgruppe** hält am 15. 2. eine Versammlung ab, in der Herr Minister Dr. Schreiber über das Thema „Aus Reich und Preußen“ spricht. Jedem Mitglied ist eine Einladung mit Angabe des Tagungsorts zugegangen. — **Der Bezirksverband** tritt am 16. 2., vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Nicolaus zu einer Vertretertagung zusammen. — **Die Frauengruppe** hält am 20. 2. im Nicolaus eine Zusammenkunft ab, in der Fräulein Schrecker über „Arbeitschutz im Gewerbebetriebe“ sprechen wird.

Schweinitz. Die Gründung einer neuen Ortsgruppe ist erfolgt. Vorsitzender ist Herr Friedrich Langefeld.

Verlag: Deutsche Demokratische Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).

Politischer Wegweiser

für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 3

Halle (Saale), 10. Februar 1930

6. Jahrgang

Querschnitte.

Schnelle Korrektur. Aus dem Antrag der Volkspartei in Halle, wegen ihrer Unzufriedenheit mit dem Haager Ergebnis sofort ihren Berliner Zentralvorstand einzuberufen, kann vorläufig, wie sie selbst berichtet, nichts werden. Zuständig dafür soll nur

sein, und außer-
reren Ortsgruppen
ndnis spricht nicht
i in den eigenen
sie nur eine ver-



s Heil ist uns be-
ig. Dort hat sich,
eine neue Partei
tspartei“ aufgetan.
chreiben mit vor-
eilen, scheinen die
zur Gründung von
scher, Preußischer,
ng“. Dann wären

Duesterberg wurde
innenministers und
ark Geldstrafe ver-
führungsorgan der
n in Gesellschaften
den bedienenden
nzösischen Ehren-
en äußerte er sich:
hen“. — Die Ver-
ngen mit „Duester-
tsanwaltschaft hatte
s. Sie hatte sogar
t. — Was wäre in